

Mittwoch (Abend), 21. November 2018

Erziehungsdirektion

56 2018.RRGR.514 Motion 156-2018 SP-JUSO-PSA (Näf, Muri) Lehrkräftemangel – Facts auf den Tisch!

Präsident. Wir kommen zum Traktandum 56: «Lehrkräftemangel – Facts auf den Tisch!». Es handelt sich um eine Motion der SP-JUSO-PSA-Fraktion. Es wird eine freie Diskussion geführt. Ich erteile dem Sprecher der Fraktion, Grossrat Näf das Wort, sobald er eingeloggt ist. Könne irgendjemand das für ihn erledigen, bitte? Danke. Grossrat Näf, Sie haben das Wort.

Roland Näf, Bern (SP). Wir haben heute Nachmittag schon ein wenig über Bildung gesprochen, über Angebote, die uns wichtig sind. Ich komme jetzt zu diesem Punkt der Bildung, zu diesem Faktor, von dem der damalige Erziehungsdirektor vor zwei Jahren sagte, es sei das grösste bildungspolitische Risiko im Kanton Bern. Ich gehe davon aus, dass es heute nicht mehr ein Risiko ist, das irgendwo in der Zukunft festgemacht werden kann, sondern dass es heute eine Tatsache ist. Ich habe in der Debatte am Nachmittag gespürt, dass Sie in Ihren Gemeinden sehr gut vernetzt sind. Das wurde bei den vorherigen Geschäften deutlich. Ich bitte Sie: Fragen Sie in Ihren Gemeinden nach. Gehen Sie zu den Schulleiterinnen und Schulleitern und fragen Sie diese, wie es aussieht mit den Stellenbesetzungen. Gerade der ländliche Raum hat unglaubliche Schwierigkeiten. Ich habe es selber erlebt: Früher war es normal, dass wir sehr, sehr viele Bewerbungen erhielten. Gümligen ist zentrumsnah. Heute können wir Stellvertretungen monatelang gar nicht besetzen. Das will etwas heissen. Die Frage, die heute in der Debatte wohl diskutiert und von den meisten Fraktionen angesprochen werden wird, ist, weshalb es denn dazu einen Bericht brauche. Wir wissen ja alle, dass wir im Kanton Bern – übrigens teilweise auch in anderen Kantonen, wenn auch vielleicht weniger ausgeprägt – ein Problem mit dem Mangel an Lehrpersonen haben. Vor allem betrifft dies die Volksschulstufe, insbesondere die Primarlehrerinnen und Primarlehrer. Der Auslöser für das Verfassen dieser Motion war, dass kurz nach Beginn des Schuljahres im August eine Medienmitteilung der ERZ publiziert wurde. Im Nachhinein empfinde ich sie wie ein Jubilieren darüber, dass man alle Stellen hatte besetzen können. Das hat mich verärgert. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Mangel von Lehrpersonen ist kein Mengenproblem! Es ist nicht die Frage, ob wirklich jemand morgens um 8 Uhr vor der Klasse steht, wenn der Unterricht beginnt. Entscheidend ist, welche Person dort steht und welche Qualität sie mitbringt. Das ist der entscheidende Faktor. Wir haben hier drin schon oft darüber diskutiert und wissen alle, dass der entscheidende Faktor der Bildungsqualität die Qualität der Lehrperson ist. Spätestens seit der «Hattie-Studie» weiss man das. Sie können irgendein System wählen, wenn jedoch die Lehrperson nicht gut ist, klappt es nicht. Dann ist die Qualität des Unterrichts nicht gut. Die Probleme, die sich uns bei dieser Frage stellen sind folgende: Es ist heikel für die Erziehungsdirektorin, es ist für alle heikel, die Qualität anzusprechen. Man will die Lehrpersonen, die derzeit im Schuldienst sind, nämlich nicht verletzen. Deshalb ist es fast ein Tabu. Aber wir wissen alle, insbesondere jene, die ein Unternehmen haben: Wenn Sie eine Stelle ausschreiben – es spielt keine Rolle in welchem Gewerbe – und eine einzige Bewerbung haben, die Stelle aber unbedingt besetzen müssen, dann müssen Sie diese Person einfach einstellen. Sie brauchen Sie gar nicht einzuladen. Sie müssen kein Assessment durchführen. Sie können Ihr gleich die Anstellungsverfügung zustellen. Sie müssen Sie einfach nehmen. Und so, liebe Kolleginnen und Kollegen, ergeht es im Moment vielen Schulen im Kanton Bern. Jetzt ist aufgetaucht, dass Umfragen und Erhebungen gemacht werden müssen, wenn man die Fragen beantworten soll, die ich gestellt habe. Sie sehen, dass ich die Punkte 4–6 zurückgezogen habe. Die vier Punkte, die verbleiben, betreffen Dinge, welche die ERZ erhebt. Wenn sie die Ergebnisse nicht ausgewertet hat, dann hat sie einfach Fragen gestellt, deren Antworten sie gar nicht wissen wollte. Ich gehe davon aus, dass man diese Erhebungen gemacht hat, weil man Fragen hatte. Ein Beispiel: Immer, wenn wir in Schulen Stellen

besetzen, erhalten wir ein E-Mail mit einer Onlineumfrage. So werden wir beispielsweise gefragt, wie viele Bewerbungen eingegangen sind. Diese Daten sind vorhanden. Wir melden die Pensien. Wir müssen angeben, wenn wir eine Person haben, welche die Ausbildung nicht gemacht hat. Diese Daten sind vorhanden. Sie sehen es bei den anderen Punkten. Es gibt nichts, das man nicht ausweisen könnte.

Das Wichtigste aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist, weshalb es diesen Bericht braucht. Es ist der letzte Punkt, Punkt 7. Wir haben jetzt neun Jahre lang – das können Sie nachlesen – eine Expertinnen- und Expertengruppe gehabt, die sich Gedanken dazu machte, was man gegen Lehrerinnen- und Lehrermangel tun könnte. Und ich habe noch nichts gesehen, keine einzige Notiz. Ich denke, nach neun Jahren sollte es möglich sein, ein paar Stichworte zu formulieren und einen Bericht zu verfassen. Auch wenn es ein ganz kurzer ist; dies würde uns reichen. Aber wir brauchen hier Entscheidungsgrundlagen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, helfen Sie mit, damit wir wirklich Grundlagen haben und etwas unternehmen können. Denn in zwei Jahren – das können Sie im «Bildungsbericht Schweiz» nachlesen – wird sich die Situation noch wesentlich verschlimmern, besonders im ländlichen Raum.

Präsident. Wir kommen zu den Fraktionssprechern. Ich erteile für die grüne Fraktion Grossrätin Graf das Wort.

Madeleine Graf-Rudolf, Belp (Grüne). «Lehrermangel – Facts auf den Tisch!». Wir sind von diesem Thema alle direkt betroffen. Wir sind Mütter, Väter, Grossmütter, Onkel, Tanten. Zudem stimmt das Timing heute ganz gut, weil gerade heute in der «Berner Zeitung (BZ)» ein Artikel zum Thema publiziert wurde. Ich bin ganz der Meinung von Roland Näf. Die Fragen, die gestellt wurden, sind mir nicht egal. Wir Grüne wollen Antworten. Wir wollen wissen, welchen Plan die Regierung hat. Wir wollen wissen, wie der Unterricht unserer Schulkinder in Zukunft gewährleistet sein wird. Es kann nicht sein, dass Studentinnen und Studenten, dass Pensionierte, dass Personen ohne die notwendige Ausbildung unterrichten müssen oder dürfen. Das darf zu keiner Dauerlösung werden. Wir lassen unsere Häuser auch nicht von Lehrlingen bauen. Wir lassen uns auch nicht von Medizinstudenten operieren. Wir wissen doch alle: Die Bildung, eine gute Bildung für unsere Kinder, ist unsere Zukunft. Wir müssen in diese Bildung investieren. Studentinnen haben das Recht auf ihre Ausbildung. Schülerinnen, Kolleginnen, Schulleitungen und Eltern haben ein Anrecht auf gut ausgebildete Lehrpersonen. Wir brauchen jetzt von der ERZ einen klaren Plan, der aufzeigt, wie sie diese Problematik zu lösen gedenkt. In der jetzigen Situation wird mir als Schulleiterin angst und bang.

Annegret Hebeisen-Christen, Münchenbuchsee (SVP). Die SP fordert in ihrer Motion einen Bericht, eine Antwort auf eine Vielzahl von Fragen zum Thema Lehrkräftemangel. Lehrkräftemangel ist ein Thema, das diesen Sommer in aller Leute Munde beziehungsweise fast täglich in den Medien präsent war. Das Thema hat medial im Moment ein wenig an Bedeutung verloren. Die Situation hat sich, auch dank der Sofortmassnahmen seitens der ERZ, im Sommer entschärft. Das momentane Problem – eben zu wenige Lehrkräfte – ist aber noch nicht gelöst. Darin sind wir uns sicher alle einig. Wie aber kann das Problem in nützlicher Frist entschärft, ja, gelöst werden? Die SVP-Fraktion ist der Meinung: nicht mit einem Bericht. Der Regierungsrat geht in seiner Antwort nicht direkt auf jede einzelne von der Motion gestellte Frage ein. Die Antwort ist aus unserer Sicht aber ausführlich und schlüssig. Der Regierungsrat zeigt auf, dass das Problem des Lehrkräftemangels ein sich wiederholendes und auch kein neues ist. Deshalb gibt es denn auch seit fast zehn Jahren die Expertengruppe, die sich dem Thema «Bedarf an Lehrpersonen» dauerhaft annimmt. Der Grund, weshalb es dieses Jahr zu einem Mangel an Lehrkräften kam, können wir der Antwort des Regierungsrates entnehmen. Es sind dies die Einführung des Lehrplans 21, der mehr Lektionen ausgelöst hat, die zunehmenden Pensionierungen, die steigenden Schülerinnen- und Schülerzahlen sowie die gute Wirtschaftslage. Dieser Faktor ist sicher nicht zu unterschätzen. Zielführender als ein Bericht ist unseres Erachtens zum Beispiel das überarbeitete Merkblatt der ERZ oder auch die Möglichkeit der Übernahme unbesetzter Stellen durch Studierende der Pädagogischen Hochschule Bern (PH Bern). Das sind Massnahmen, die sofort greifen, um den akutesten Mangel zeitnah zu beheben. Damit ist aber das Problem noch nicht dauerhaft gelöst. Vielleicht sollten wir es so machen wie die Kantone Genf und Zürich und Mindestpensien einführen. Im Kanton Zürich ist seit dem Schuljahr 2015/16 eine Mindestanstellung von 35 Prozent gesetzlich vorgeschrieben, was etwa zehn Wochenlektionen entspricht. Zürich führt diese Regelung nicht primär wegen des Lehrkräftemangels ein, sondern um die Anzahl Bezugspersonen für Schülerinnen und Schüler zu senken.

Zurück zum Mindestpensum: Gemäss Aussagen des Bildungsforschers Stefan Wolter im Bericht der «BZ» von Ende 2018 ist zu lesen, ich zitiere: «Die effizienteste und einfachste Methode, den Lehrermangel zu bekämpfen, wäre die Einführung von Mindestpensen.» Gemäss Bildungsbericht 2018 hat der Kanton Bern eine der schweizweit höchsten Quoten an Teilpensen. 35 Prozent aller Lehrkräfte haben ein Pensum von weniger als 50 Prozent. Im Artikel steht weiter, Lehrpersonen könnten quasi à la carte ihren Anstellungsgrad frei wählen. Das ändere auch nichts am Problem. Aktuell mache es sich der Kanton Bern selber schwer mit den vielen Teilzeitpensen. Der organisatorische Aufwand für die Schulleitungen sei zudem enorm hoch. Das Einführen von Mindestpensen ist meiner Meinung nach eine Massnahme à discuter – sicher nicht hier und jetzt, aber baldmöglichst in den zuständigen Gremien. Die SVP-Fraktion lehnt die Motion in allen Punkten ab und unterstützt auch kein Postulat.

Daniel Arn, Muri b. Bern (FDP). Wir lehnen diese Motion ab, auch als Postulat. Wir lehnen sie ab, nicht weil wir ein Problem nicht sehen, sondern eben gerade deshalb: weil wir wollen, dass das Problem angegangen wird. Denn diese Motion verlangte ursprünglich einen Bericht zu sieben, jetzt noch zu vier Punkten. Aber sie verlangt einen Bericht. Wir wollen nicht einfach wieder einen Bericht, zu dessen Erstellung gefühlt Jahre vergehen, sondern wir wollen Lösungen. Wenn jetzt ein Bericht in Auftrag gegeben wird, warten wir wieder alle und machen nichts. Nach dem Motto: Wir müssen doch zuerst einmal abwarten, was in dem Bericht drinsteht. In der BiK steht dieser Punkt zuoberst auf der Traktandenliste im Austausch mit der neuen Regierungsrätin. Das Thema wird im Februar 2019 intensiv angepackt. Uns allen ist klar, dass mit den gesamten Anstellungsbedingungen für Lehrer vorwärts gemacht werden muss. Dabei geht es nicht nur um den Lohn. Die Attraktivität des Lehrerberufs soll erhöht werden. Das Problem ist bekannt, und die BiK ist in der Pflicht. Also: Kein weiterer Bericht, Ablehnung der Motion.

Christoph Grimm, Burgdorf (glp). Der Motionär und die SP-Fraktion haben recht. Wir haben einen Lehrermangel. Ja, dem ist so. Ein Bericht, der uns dann unterbreitet wird, wenn sich die Situation bereits wieder geändert hat, bringt aber niemandem etwas. Zu Punkt 1 haben wir in der Antwort schon bereits relativ viel gehört. Uns reicht es, zu wissen: Ja, wir haben einen Lehrermangel. Und ja, die ERZ ist dabei, etwas zu tun. Punkt 2 schießt massiv über das Ziel hinaus. Kann es denn sein, dass wir bei jedem, bis in die hinterste Gemeinde, wissen, welche Qualifikationen er mitbringt? Damit haben wir noch niemanden neu eingestellt. Damit haben wir in keiner Schulstube jemanden mehr. Zu Punkt 3: Müssen wir hier im Rat wirklich wissen, wer sich wo beworben hat? Das ist doch rein operativ. Gut ist, dass die Punkte 4–6 zurückgezogen wurden. Das müsste für die ganze Verwaltung weitergezogen werden.

Punkt 7 wäre zwar interessant. Aber in der Antwort lesen wir, dass eine Expertengruppe seit zehn Jahren daran ist, genau dieses Problem zu lösen, genau diese Punkte zu klären. Die glp erachtet es als absolut unnötig, in zwei Jahren einen Bericht zu erhalten. Dass ein Lehrermangel besteht, ist uns völlig klar. Wir möchten die ERZ auffordern, zum Beispiel eine Imagekampagne für Lehrer zu machen. Es ist wesentlich, dass der Lehrerberuf wieder attraktiv wird, weil es toll ist, mit jungen Leuten zu arbeiten. Das wäre doch einmal was. Wer an der Veranstaltung der NMS Bern von heute Mittag teilgenommen hat, dem ist das Studienmodell 30+ vorgestellt worden. Ich sage nicht, dass Lehrer keine Bodenhaftung haben. Aber es ist doch wichtig, dass Leute, die quer einsteigen, die mit beiden Füßen auf dem Boden stehen, die die Berufssituation kennen, die auch schon das Leben kennen, dass diese pädagogisch geschult werden. Das ist doch eine Variante.

Fazit: Die glp möchte keinen Bericht, sie lehnt auch ein Postulat ab. Eine persönliche Bemerkung zum Schluss: Die Gemeinde Burgdorf hat kein Klassenzimmer ohne kompetente Leute. Wir haben für jedes Klassenzimmer kompetente Leute gefunden, welche die Kinder gut unterrichten.

Christine Grogg-Meyer, Thunstetten (EVP). Für die Fraktion der EVP ist es unbestritten, dass wir im Kanton Bern aufgrund des Mangels an Lehrkräften ein ernsthaftes Problem haben. Das haben wir jetzt schon von allen gehört. Es ist so. Ich habe es als Schulkommissionspräsidentin unserer Gemeinde hautnah miterlebt. Es ist eine schwierige Situation, wenn sich auf eine offene Stelle als Klassenlehrperson einer Mischklasse der Mittelstufe lediglich zwei Personen bewerben. Die eine zieht sich zurück, weil sie sich für eine andere Stelle entschieden hat. Die andere passt eigentlich nicht wirklich auf das gesuchte Profil. Es ist alarmierend, wenn die Stellen überhaupt nicht besetzt werden können und man Notlösungen treffen muss, um den Schulbetrieb aufrechterhalten zu können. Notlösungen sind Notlösungen und nicht auf Dauer ausgelegt.

Die Situation, in der wir uns momentan befinden, verunsichert die Schulen. Sie bringt Unruhe und Instabilität in den Schulalltag, der eigentlich genug andere Herausforderungen mit sich bringt. Die EVP ist froh und schätzt es, dass die ERZ die Problematik erkannt und Sofortmassnahmen getroffen hat, die auch bereits Wirkung gezeigt haben. Wir wissen, dass sie sich unglaublich einsetzen für die Schulen landauf, landab. So beispielsweise mit Besuchen vor Ort, um sie bestmöglich zu unterstützen. So kommt sie auch zu Erkenntnissen bezüglich der möglichen Ursachen sowie der nötigen und möglichen Massnahmen. Das ist es ja, was hier im Vordergrund steht und was auch Ziel dieses Vorstosses sein sollte, nämlich dass wir Massnahmen auf dem Tisch haben und wissen, wie vorzugehen ist.

Die Motionäre stossen bei der EVP offene Türen ein, wenn es um die gründliche Abklärung der Faktenlage geht. Was hat denn wirklich zur jetzigen Situation geführt? Warum haben wir einen Mangel an qualifizierten Lehrkräften? Die EVP ist der Meinung, dass die Motionäre die richtigen Fragen stellen, um den Ursachen auf die Spur zu kommen. Wir gehen davon aus, dass es zur Beantwortung derjenigen Fragen, die jetzt überhaupt noch zur Diskussion stehen, eben bereits Daten gibt. Diese müssen bloss noch zusammengetragen werden. Es braucht keinen Bericht, dessen Erstellung zwei Jahre dauert. Die Fragen sind die richtigen. Die ERZ kann diese ernst nehmen und ihnen nachgehen. Vielleicht müssen wir uns hier noch belehren lassen. Vielleicht ist es einfach so, dass dergleichen zwei Jahre braucht. Wir haben einen bereits vorliegenden Bericht über die Anstellungsbedingungen von Lehrpersonen. Dieser enthält bereits klare Hinweise darauf, wo man ansetzen kann. Der Regierungsrat sagt auch, dass er diesen nachgehen will. Die EVP-Fraktion will das eine tun und das andere nicht lassen. Das heisst einerseits, sie will diesen Vorstoss mit den verbleibenden Fragen als Motion oder dann eben als Postulat überweisen, andererseits rechtliche Grundlagen schaffen für die Erkenntnisse aus dem Bericht, der bereits vorliegt, oder für das, von dem der Regierungsrat sagt, dort lägen die Ursachen.

Ein Letztes: Wenn wir dann noch mehr Antworten auf die gestellten Fragen haben, dann gilt es, die Ergebnisse offen und ungeschönt zur Kenntnis zu nehmen. Dann gilt es, die wirklich nötigen, wirklich geeigneten, wirklich hilfreichen Massnahmen zu ergreifen, die eine nachhaltig positive Wirkung auf die Attraktivität dieses Berufs haben, auch wenn das etwas kostet. Dazu kann ich bloss sagen: Es lohnt sich!

Katharina Baumann-Berger, Münsingen (EDU). Der Lehrkräftemangel in Randgebieten, aber auch auf gewissen Stufen der Volksschule beschäftigt uns natürlich auch. Wir wissen doch alle, was die richtige Lehrerin oder der richtige Lehrer im Leben eines Schülers ausmacht. Der Motionär fordert auch nach Streichung einiger Punkte eine umfangreiche Berichterstattung über viele offene Fragen. Einen solchen Bericht erachten wir nicht als zielführend. Wir unterstützen die Antwort des Regierungsrates, in der er darauf hinweist, dass eine langfristige Prognose kaum möglich ist, dass Unsicherheiten betreffend Pensionierungen, Pensengrössen oder Wirtschaftslage immer eine Herausforderung sein werden. Lösungen sind gefragt. Sie müssen schnell gefunden werden. Die EDU-Fraktion möchte einem kurzfristigen und zielführenden Handlungsspielraum nicht im Wege stehen. Wie wir bereits hier im Ratssaal gesehen haben, werden rasch Lösungen auf den Tisch gebracht, über die man diskutieren kann. Das wollen wir der ERZ auch zumuten. Sie hat die Situation nämlich erkannt. Sie weiss, wie sie mit diesen Themen in den nächsten Monaten und Jahren umgehen muss. Die EDU-Fraktion lehnt aus diesem Grund die Motion ab, auch wenn sie in ein Postulat gewandelt wird.

Vania Kohli, Bern (BDP). Wollen wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Verwaltung, also die ERZ, mit der Beantwortung dieser vielen Fragen wirklich zwei Jahre beschäftigen und 2020 die Antworten erhalten, die eigentlich das Jahr 2018 betreffen? Denken Sie, diese Antworten bringen uns dann weiter? Nein. Die BDP-Fraktion will in zwei Jahren nicht wie Faust sagen müssen: «Da steh ich nun, ich armer Tor! Und bin so klug als wie zuvor.» Nein. Wir sind überzeugt, dass die bereits 2009 eingesetzte Expertengruppe sich seriös mit diesen Fragen beschäftigt, sie analysiert und entsprechende Massnahmen auch entwirft, vorschlägt und einleitet. Zudem haben wir vor einem Jahr hier im Ratssaal den Bericht «Anstellungsbedingungen [der Lehrkräfte] im interkantonalen Vergleich» beraten. Dieser bildet eine gute Grundlage. Die BDP ist durchaus der Meinung, dass doppelt genährt besser hält. Aber in diesem Fall sind wir auch der Meinung, dass das Geld, das wir für diesen Bericht ausgeben würden, in der Verwaltung anders, besser verwendet werden kann. Deshalb lehnen wir nicht nur die Motion einstimmig ab, sondern wir würden auch ein Postulat einstimmig ablehnen.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion hat Grossrat Bütikofer das Wort.

Stefan Bütikofer, Lyss (SP). Die Fraktion SP-JUSO-PSA stimmt der vorliegenden Motion zu. Wir denken, es ist wichtig, dass wir endlich Klarheit darüber erlangen, wie das Problem des Lehrermangels überhaupt aussieht. Wir wissen aus den Medien, dass es schwierig ist, Stellen zu besetzen, dass zum Teil Lehrkräfte unterrichten, die nicht die nötige Qualifikation haben. Wir haben es gerade heute wieder in der «BZ» lesen können. Aber um wie viele Stellen es geht, wissen wir nicht. Im Gegensatz zum Regierungsrat gehen wir auch nicht davon aus, dass es zwei Jahre dauert, bis der Bericht fertig ist, und dass deshalb wichtige Aufgaben liegen bleiben.

Die Zahlen, die wir gerne hätten, sind vorhanden oder können ganz einfach bei den Schulinspektoren und Schulinspektorinnen erhoben werden. Und ganz wichtig: Es fehlt eine Auslegeordnung darüber, welche Lösungen möglich sind. Punkt 7 ist deshalb besonders wichtig und muss unbedingt überwiesen werden. Wie gesagt: Es geht nicht um Massnahmen oder darum, die Lösung zu verzögern, sondern es geht darum, zu wissen, wie gross das Problem ist. Wir bitten Sie deshalb, hier nicht wegzuschauen, sondern im Gegenteil genau hinzuschauen, damit wir die nötigen Grundlagen erhalten, um aktiv werden zu können. Sollte es so sein, dass die Verwaltung mit der Beantwortung der Fragen überfordert ist, insbesondere jetzt, nachdem die Punkte 4–6 gestrichen worden sind, müsste man dringend auf die Planungserklärung Brönnimann zurückkommen und den Stellenabbau rückgängig machen. Wir brauchen eine Verwaltung, die uns diese Antworten liefern kann. Der Regierungsrat braucht diese auch. Anders können wir nicht arbeiten.

Präsident. Wir kommen zu den Einzelsprecherinnen. Ich erteile Grossrätin Fisli das Wort.

Karin Fisli, Meikirch (SP). Vorab gebe ich meine Interessensbindungen bekannt. Ich bin Mitglied der Leitungskonferenz des Berufsverbands Bildung Bern und bin seit dreizehn Jahren Primarlehrerin. Die Bildung liegt mir am Herzen. Als Primarlehrerin ist das mein Thema. Was im Moment im Kanton Bern passiert, ist eine Katastrophe. Gerade heute war in der «BZ» zu lesen, dass mehrere Hundert Primarlehrpersonen ohne Diplom unterrichten, fachfremd sind oder auf der falschen Stufe unterrichten. Gehen Sie zu einem Arzt, der kein Diplom hat, und lassen sich am Herzen operieren? – Ich denke nicht. Aber in der Schule kann man so etwas machen. Ist es wirklich so. Stimmt das, was in der «BZ» steht? Das möchte ich wissen. Und genau deshalb sollte man diese Motion unterstützen. Ich sehe aber, dass diese Motion ziemlich sicher bachab geht. Deshalb nehme ich alle meine Vorrednerinnen und Vorredner beim Wort, dass sie sich in Zukunft wirklich und ernsthaft für uns Primarlehrerinnen und Primarlehrer einsetzen.

Sarah Gabi-Schönenberger, Schwarzenburg (SP). Ich möchte zwei Dinge zum Lehrermangel loswerden. Annegret Hebeisen hat sich vorhin zu den Mindestpensen geäussert. Ich möchte zu bedenken geben, dass die Einführung von Mindestpensen mit Vorsicht zu geniessen ist. Das kann sehr schnell das Gegenteil bewirken. Dann nämlich, wenn die vorwiegend weiblichen Teilzeitangestellten in der Folge ganz wegbleiben. Zweitens: Es wäre gut, die ERZ und die PH würden das Potenzial der bereits ausgebildeten Lehrkräfte, die beispielsweise aufgrund von Mutterschaft oder Elternauszeit nicht mehr in der Schulstube tätig sind, nicht unterschätzen. Gerade diese Gruppe potenzieller Wiedereinsteiger wird im Kanton Bern noch zu wenig umfassend verfolgt, auch von der PH. Ich habe das selber nachverfolgt und Diskussionen geführt. Hier wären gezielte Massnahmen möglich und sinnvoll.

Präsident. Als letzter Einzelsprecherin erteile ich Sabina Geissbühler von der SVP das Wort.

Sabina Geissbühler-Strupler, Herrenschwanden (SVP). Ich bin hier im Rat wohl diejenige Lehrkraft mit der längsten Erfahrung im Unterrichten. Deshalb habe ich auch all diese Reformen erlebt, die es bis vor zwei Jahre gab. Deshalb möchte ich hier meine Meinung zum Lehrermangel kundtun. Ich bin der Meinung, dass der Lehrermangel die Folge der Beschlüsse ist, die hier im Ratssaal getroffen wurden. Ich begründe meine Aussage: Für mich war der Lehrerberuf, insbesondere auf der Unter- und Mittelstufe, ein Traumberuf. Ich habe die Kinder in ganz verschiedenen Situationen kennen und verstehen lernen können, zum Beispiel beim Erarbeiten von Musicals, in Bewegungswochen, Gesundheitswochen, in persönlichen Gesprächen, und insbesondere bei der Anteilnahme an ihren Sorgen, Problemen und natürlich auch den Hobbies.

Durch die Schulreformen sind die Lehrpersonen zu Lehrbegleitern oder Coaches degradiert und durch Kunstschaftende, Sozialarbeitende, Förderlehrpersonen ersetzt worden. Das löst aber viel Absprachen, Sitzungen, Konferenzen und vor allem sehr viele administrative Arbeiten aus. Damit ist der Lehrerberuf, der sehr attraktiv war, nicht mehr attraktiv. Ich kenne verschiedene Lehrpersonen, die gekündigt haben, weil sie sagten, sie wollten unterrichten und keinen Papierkram zu erledigen und Sitzungen abzuhalten haben. Ein grosser Fehler war sicher auch – ich habe das damals bekämpft –, dass die zukünftigen Lehrpersonen der Vorschule und Unterstufe über die Matura verfügen müssen. So verlieren wir ganz viele begabte Lehrkräfte. Es geht mir heute eigentlich nicht um Schuldzuweisungen, schon gar nicht gegenüber der ERZ. Es geht mir darum, dass wir uns bei Geschäften vermehrt mit den Folgen dessen auseinandersetzen, was wir hier drin beschliessen. Wir haben nämlich hier drin bei diesen Reformen sehr vieles beschlossen, das von sehr grosser Tragweite ist. Ein Resultat davon ist jetzt eben der Lehrermangel.

Präsident. Ich erteile der Erziehungsdirektorin das Wort zu.

Christine Häsler, Erziehungsdirektorin. Der Regierungsrat stimmt dem Motionär zu, wenn er fordert, dass der Stellenbesetzung viel Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. Die ERZ stimmt ihm sowieso zu. Denn wir wissen, wie viel Aufmerksamkeit dem Thema zu schenken ist, und das tun wir auch. Im aktuellen Schuljahr war die Stellenbesetzung tatsächlich deutlich schwieriger als im Vorjahr. Gründe sind die Einführung des Lehrplans 21, die zunehmenden Pensionierungen – dort hat es grosse Jahrgänge – sowie die steigenden Schülerinnen- und Schülerzahlen. Auch da hat es grosse Jahrgänge. Dank dem Engagement der Schulleitungen, der Lehrkräfte, der Behörden, der PH und der NMS haben alle Stellen besetzt werden können. Durch die Information der Schulleitungen über verschiedene Sofortmassnahmen haben in zwanzig Schulen Studierende der PH Bern und der NMS unbesetzte Stellen übernommen. Das ist nicht selbstverständlich. Wir sind allen Beteiligten, die dazu beitrugen, dass dies möglich wurde, sehr dankbar für die gute und sehr engagierte Zusammenarbeit. Wir haben gerade letzte Woche die jungen Lehrkräfte, die jetzt im Einsatz sind, zu einem kleinen Dankes Anlass eingeladen. Die Mehrheit hat die Einladung angenommen. Wir haben mit diesen jungen Lehrkräften gute Gespräche führen können. Sie haben erklärt, wie es ist, bereits in ihrem Beruf eingesetzt zu werden, wie gut sich das in die Schule einfüge, die sie selber besuchten, wie gut die Zusammenarbeit mit anderen Lehrkräften sei, aber auch mit den Behörden.

Aber es ist völlig klar: Diese Situation muss man sehr ernst nehmen. Und sie wird voraussichtlich auch in den nächsten Jahren angespannt bleiben. Es ist allerdings schwierig, genaue Zahlen vorauszusagen. Zu viele Faktoren beeinflussen die Situation. Da ist einmal die persönliche Entscheidung für eine vorzeitige Pensionierung, oder die Pensengrösse der einzelnen Lehrkräfte. Aber es ist nicht zuletzt auch die Wirtschaftslage. Es ist wichtig, dass man zeitnah und richtig reagieren kann. Die Lehrkräfte, die Schulen und die Gemeinden müssen einbezogen werden, weil die Stellenbesetzung nämlich dort erfolgt. Bei einer Annahme der Motion besteht tatsächlich das Risiko, dass wir lange auf einen solchen Bericht warten müssten. Und dies nicht, weil die ERZ dermassen lange braucht, um diese Informationen zusammenzutragen und zu erarbeiten. Wir kennen auch den politischen Prozess. Er trägt auch dazu bei, dass ein Bericht nicht einfach innert nützlicher Frist da ist. Das birgt das Risiko, dass notwendige Massnahmen – und es sind notwendige Massnahmen, denen wir uns jetzt widmen möchten – auf den Zeitpunkt nach der Beratung des geforderten Berichts verschoben würde, vor allem dann, wenn es vielleicht auch etwas kostet. Es wird deshalb, wie in den Vorjahren auch, die Aufgabe der ERZ sein, aber auch der vielen guten Partnerinnen und Partner, die wir in der Bildungslandschaft haben, diese Situation und die laufenden Massnahmen immer wieder zu analysieren und umzusetzen. Man muss sie möglichst schnell umsetzen und nicht erst prüfen, zusammentragen und nachher schauen, was man machen könnte. Viele Massnahmen werden bereits umgesetzt. So werden seit letztem Sommer Einsteigerinnen und Einsteiger in den Beruf unterstützt. Ab nächstem Sommer profitieren davon zusätzlich auch Wiedereinsteigende, Studentinnen und Studenten. Zudem haben viele Lehrpersonen ihren Beschäftigungsgrad erhöht und damit dazu beigetragen, dass man die Situation entschärfen konnte. Ab Sommer 2019 lanciert die PH ein Pilotprojekt, bei dem Studierende am Institut Vorschulstufe und Primarschulstufe das Studium in vier anstatt in drei Jahren absolvieren und in den letzten beiden Jahren studienbegleitend bereits unterrichten können. Das scheint uns eine sehr wertvolle Lösung, gerade auch nach den Gesprächen mit den jungen Lehrkräften, die im Einsatz waren.

Ich möchte mich noch kurz zum «BZ»-Artikel äussern, der mehrfach erwähnt worden ist. Nein, es ist nicht so, dass Hunderte schlechte, nicht ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer im Einsatz sind. Nein, das ist definitiv nicht so, im Gegenteil. Es ist im Kanton Bern so – das möchte ich auch zur Qualität sagen –, dass Tausende sehr gute, sehr kompetente und sehr engagierte Lehrkräften am Arbeiten sind. Aber es ist so, dass rund 14 Prozent der Vollzeiteinheiten, also nicht von den Personen, einen Abzug bei ihrem Gehalt von 10 Prozent haben, weil sie nicht das geforderte Patent für die Stufe haben, die sie unterrichten. Das muss aber nicht in jedem Fall heissen, dass jemand auf einer höheren Stufe arbeitet und das Patent für eine tiefere Stufe hat. Das kann auch gerade der umgekehrte Fall sein. Nur 3 Prozent der Vollzeiteinheiten – auch hier wieder sind damit nicht Personen gemeint – haben einen Abzug von 20 Prozent auf ihrem Gehalt, weil sie keine pädagogische Ausbildung haben. Und diese unterrichten in ganz vielen Fällen zum Beispiel Musik, weil sie Musikerinnen und Musiker sind, eben nicht Lehrkräfte. Oder sie unterrichten Sport, weil sie eine Ausbildung in diesem Bereich haben, und nicht Lehrkräfte sind. Das gehört auch noch in die Gesamtbetrachtung des heutigen «BZ»-Artikels.

Es ist mir sehr wichtig, all jenen zu danken, die dazu beigetragen haben, dass wir die schwierige Situation im letzten Sommer einigermaßen lösen konnten. Und ich gebe zu: einigermaßen. Natürlich ist es schwierig, auch für die ERZ und für die Verantwortlichen ist es überall schwierig, wenn man es nicht so lösen kann, dass man dauerhaft unter den allerbesten der besten Bewerbungen auswählen kann. Aber ich möchte allen danken, die dazu beigetragen haben, dass in allen Schulklassen im Kanton Bern unterrichtet werden konnte. Nicht zuletzt, das dürfen wir hier drinnen auch nicht vergessen, ist für die Lehrkräfte die Attraktivität der Anstellungsbedingungen etwas besonders Wichtiges. Hier liegt mit dem Bericht «Anstellungsbedingungen der Lehrkräfte im interkantonalen Vergleich», welcher vom Grossen Rat in der Märzsession 2017 sehr intensiv beraten wurde, eine gute Grundlage vor. Wir wissen, dass wir einen grossen Unterschied bei den Lehrergehältern im Kanton und in anderen Kantonen haben. Da besteht Handlungsbedarf. Darum müssen wir uns zu gegebener Zeit möglichst rasch kümmern. Der Regierungsrat ist bereit, die Motion als Postulat anzunehmen. Denn wir sind mit dem Motionär absolut einig, dass man genau hinschauen muss, dass man sehr aufmerksam sein muss und sich auch um jene Fragen kümmern muss, die er gestellt hat. Wir wollen aber Massnahmen ergreifen, handeln können und nicht Zeit und Ressourcen in einen Bericht investieren und dann abwarten, was aufgrund des Berichts geschieht.

Präsident. Ich erteile dem Motionär, Grossrat Näf, das Wort.

Roland Näf, Bern (SP). Ich steige jetzt gleich mit der Tabu-Frage ein. Ich musste schmunzeln bei den Ausführungen von Christoph Grimm, wonach es in Burgdorf ausschliesslich gute Lehrerinnen und Lehrer gebe. Es ist einfach so: Wenn Sie in irgendeiner öffentlichen Funktion sind, die mit Bildung zu tun hat, können Sie nicht öffentlich sagen, es stimme mit der Qualität nicht. Aber in meinem Alter – ich bin nicht mehr so weit entfernt von der Pensionierung – geniesse ich eine gewisse Narrenfreiheit. Und ich sage Ihnen: Es stimmt nicht mit der Qualität. Es gibt wahnsinnig viele gute Lehrerinnen und Lehrer, aber es gibt zunehmend schlechte Lehrerinnen und Lehrer. Das muss ich Ihnen einfach sagen. Auch in Burgdorf, obwohl Christoph Grimm das nicht wissen will. Soviel zur Frage der Qualität. Sie haben sehr viele Vorschläge vorgebracht. Vielen Dank. Eine Imagekampagne machen, mehr Studierende einsetzen, eine Auslegeordnungen machen und Lösungen mit Mindestpensen sind genannt worden. Es gibt sehr viele kreative Lösungen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich muss sagen: Zu solch schwierige Fragen – die Erziehungsdirektorin hat gesagt, es seien viele Faktoren beteiligt – möchte ich doch auch Expertinnen und Experten hören. Das muss ich einfach sagen. Es ist schon ein wenig kompliziert. Das finde ich selber, der ich doch auch ziemlich erfahren bin im Bildungsbereich. Auch ich wäre überfordert, wenn ich das einfach liefern sollte. Und das wünsche ich mir von einem Bericht: Dass wir konkrete Rezepte auf dem Tisch haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, zwei Jahre zu brauchen, für das, was ich hier fordere, das geht wirklich nicht! Diese braucht es ganz bestimmt nicht. Das glaube ich einfach nicht.

Ich komme zum Schluss: Ich hoffe einfach, Sie verfolgen nicht irgendeinen versteckten Plan. Diejenigen, die jetzt gar keinen Bericht wollen, die Antworten gar nicht kennen wollen, sollten bereits ein wenig vorausdenken. Wir wissen alle: Jede Massnahme, die wir hier gegen den Lehrerinnen- und Lehrermangel ergreifen werden, wird kosten. Ist es denn nicht so, dass Sie einfach Angst davor haben, liebe Kolleginnen und Kollegen? Ich weiss, dass diese Forderung nach einem Bericht jetzt abgelehnt werden wird. Diese Motion wird zweifelsohne abgelehnt. Daran zweifle ich nicht. Aber, zu

jenen, welche jetzt eine schnelle Lösung wollen: Halten Sie dann Lei, wenn die ersten Massnahmen hier auf den Tisch kommen.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung über die Motion. Sie wird in allen noch verbliebenen drei Punkten als Motion aufrechterhalten. Die Punkte 4–7 wurden zurückgezogen. Ich korrigiere: Zurückgezogen sind die Punkte 4–6. Gut. Wir stimmen ab über die Punkte 1–3. Wer diese Punkte als Motion annehmen will, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 1–3 und 7)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja 50

Nein 89

Enthalten 2

Präsident. Sie haben die Punkte 1–3 und 7, damit ich es ganz klar gesagt habe, als Motion abgelehnt mit 89 Nein- zu 50 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Wir haben Gäste auf der Tribüne. Es sind Gäste der Grossrätin Josi. Es ist eine Gruppe politisch interessierter Frauen aus der Region Spiez, die unseren Ratsbetrieb besuchen. Und, wer weiss: In der nächsten Legislatur sitzt vielleicht die eine oder andere hier unten. Herzlich willkommen! (*Applaus*)